und unterhalb der Buhnen vermindert sich die Wassertiefe. Sobald die Ausbildung der Kolke vor den Buhnenköpfen so weit vorgeschritten ist, daß die Sohle im Mittel etwa 0,4 Meter unter der ursprünglichen Höhe liegt, wird die Hebung des Wasserspiegels nahezu verschwunden sein. Anstatt der Wassertiefe von 1,25 Meter wird eine solche von nur etwa 1 Meter verbleiben. Gewiß kann durch Grundschwellen oder durch Flügelwerke in der Stromrichtung der Zustand wieder etwas verbessert werden. Das verursacht aber Kosten und Störungen und es kann trotzdem nicht ausbleiben, daß das Fahrwasser immer aufs neue sich verschlechtert.

Hinsichtlich der Grundschwellen wird bemerkt, daß diese etwas teurer im Bau als die Niederwasserbuhnen sind. Sie böten den Vorzug einer ruhigeren Strömung und der Vermeidung der heftigen Wirbel an den Köpfen. Allein die Auskolkung der Sohle vor den Köpfen wird langsamer eintreten, keineswegs aber ganz ausbleiben und dementsprechend wird auch die Vergrößerung der Fahrwassertiefe, wenn auch erst nach längerer Zeit, wieder verschwinden. Demnach könnten Grundschwellen die gewünschte Wassertiefe auf die Dauer nicht erhalten. Auf der Elbe verkehren Schleppzüge, aus einem 10 Meter über alles breiten Schleppdampfer mit einem Anhange von 6 bis 15 Kähnen bestehend. Ein solcher Schleppzug benötigt bei starkem Seitenwind wegen der Abtrift der Kähne nach Lee eine nutzbare Breite von mindestens 70 Meter, besser 80 Meter. Die Sohlenbreite des eingeengten Querschnittes mißt aber nur 45 Meter, und selbst diese Breite läßt sich ohne Gefährdung der Fahrzeuge nicht voll ausnützen, weil es nicht möglich ist, das Ende der Schwelle sicher zu bezeichnen.

Die Kammer kommt hiernach zu folgendem Schlußergebnis: Für die Elbe abwärts (von der Mündung der Havel) konnte das Ziel der Elbschiffahrtsakte (0,94 Meter Fahrwassertiefe bei Niederwasser) auf dieser Strecke nicht durchweg erreicht werden, weil vor den Buhnenköpfen tiefe Kolken entstanden sind, deren Ausbau mit Grundschwellen überall nicht durchgeführt ist. Dieser Zustand läßt darauf schließen, daß die Flußsohle hier eine wesentlich geringere Widerstandsfähigkeit besitzt als auf der Strecke oberhalb der Havel und daß daher abwärts von der Havelmündung eine dauernde Wirkung von Buhnen noch weniger zu erwarten wäre. Was die Elbe oberhalb der Saale bis zur böhmischen Grenze anbelangt, so ist zwar als Ziel der Niederwasserregulierung nur 1,10 Meter Fahrwassertiefe in Aussicht genommen. Da aber die Mittelwasserbreite von der Grenze ab nur 100 Meter, 110 Meter und schließlich 150 Meter beträgt, die Wassermenge erheblich kleiner, das Gefäll mit 14 000 jedoch größer ist als in der untersuchten Stromstrecke, so erscheint ohne weiteres die Annahme berechtigt, daß weder durch Niederwasserbuhnen noch durch Kopfschwellen das Ziel erreicht werden könnte.

Hiernach bringt, so schließt die Kammer ihr Gutachten, die behauptete Vertiefung des Elbfahrwassers nur bei sehr niedrigen Wasserständen Nutzen, und besonders dann, wenn ein solcher Stand lange Zeit anhält. Diese Fälle wiederholen sich erfahrungsgemäß erst nach einer langen Reihe von Jahren. Sobald der Wasserstand höher steigt und dem Mittelwasserstand sich nähert, ist die Vergrößerung der Wassertiefe und somit der Nutzen ohne Belang.

Durch das Gutachten ist bewiesen, daß die gegen den Gesetzentwurf erhobenen schweren Bedenken durchaus gerechtfertigt sind.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Noch eine bürgerliche Reichstagskandidatur in Dresden-Altstadt. Der Landesverein der Deutschen Reformpartei im Königreich Sachsen teilt mit: „Um den 5. Reichstagswahlkreis (Dresden-Altstadt) den bürgerlichen Parteien zu erhalten, hat bereits am 19. März 1911 die Reformpartei im Königreich Sachsen unter Zustimmung des Reformvereins zu Dresden einstimmig beschlossen, im 5. Reichstagswahlkreis eine eigene reformerische Kandidatur aufzustellen. Die Aufstellung erfolgte damals u. a. mit Rücksicht darauf, daß der Konservative Verein zu Dresden erklärt hatte, daß er seinerseits eine Kandidatur nicht aufzustellen gedenke. Der neuere Beschluß des Konservativen Vereins steht demnach im Widerspruch mit den früher abgegebenen Erklärungen." Es wird also in Dreden-Altstadt drei bürgerliche Kandidaten geben: einen nationalliberalen, einen konservativen und einen reformerischen. Aussichten hat natürlich nur die nationalliberale Partei, der der Wahlkreis jetzt gehört. Daß die andern Parteien mit ihren aussichtslosen Kandidaturen eine Zersplitterung der bürgerlichen Kräfte im Wahlkampf herbeizuführen gesonnen sind, ist ein echtes Dokument gut sächsischer „nationaler" Politik. Ob die Konservativen, die noch vor kurzem keinen Kandidaten aufstellen wollten, des Glaubens leben, daß ihre Popularität inzwischen gewachsen ist?

Eine Schweizer Reise Kaiser Wilhelms? Der Pariser „Figaro" hat eine Meldung veröffentlicht, nach der der Schweizer Bundesrat mit der Möglichkeit eines Besuchs des Deutschen Kaisers bei den diesjährigen Schweizer Herbstmanövern rechnet. Der „N. Züricher Ztg." wird dazu aus Bern berichtet: Ein solcher Besuch liegt nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeit. Kaiser Wilhelm soll wiederholt und, wie es heißt, auch in neuerer Zeit seine Absicht kundgegeben haben, das schweizerische Heerwesen aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Verschiedene Umstände dürften aber zu der Annahme führen, daß der Besuch nicht diesen Herbst, sondern erst bei den Manövern des nächsten Jahres erfolgen wird. Von Unterhandlungen über diesen Besuch war bis heute nicht die Rede.

Staatssekretär v. Lindequist über die Diamantenfrage. Die Budgetkommission des Reichstags trat am Dienstag zum erstenmal nach der Osterpause wieder zusammen. Auf der Tagesordnung stand die Diamantenfrage sowie die Abänderung der bergrechtlichen Bestimmungen. Ein Zentrumsmitglied wiederholt die Fragen zum Bergregeß vom Februar 1908. 1. Hat die Kolonialgesellschaft auf alle Hoheitsrechte verzichtet? 2. Kann der Fiskus im Gebiete der Gesellschaft Bergbau betreiben? 3. Kann der Fiskus eine Sperre in diesem Gebiete verhängen? 4. Kann der Fiskus im Gebiete der Gesellschaft für sich Gebühren erheben? Die Fragen werden vom Staatssekretär des Kolonialamts auf Grund der Verträge bejaht. Zur Frage der Diamantenregie wird vom Zentrum festgestellt, daß gegen die Regie an sich kein Widerspruch erhoben worden sei. Nur gegen die Einrichtung der Regie habe man Einwendungen gemacht. Die Produzenten hätten keinen Einfluß auf die Verwaltung. Es sollte eine Interessenvertretung geschaffen werden. Auch möchte den Förderern eventuell eine Stelle im Aufsichtsrate verliehen werden. Staatssekretär Dr. v. Lindequist gab zu, daß gewisse Aenderungen des jetzigen Zustands wünschenswert seien. Es soll eine Minenkammer gebildet werden, und zwar aus sämtlichen Interessenten. Was die Regie anlange, so werde dafür Sorge getragen werden, daß die Organisation in Berlin geändert werde und daß die Lüderitzbuchter im Aufsichtsrate vertreten werden. Bezüglich der Preisfestsetzung und der erzielten Preise der Regie wird davor gewarnt, den Notizen in der Presse über die Preise zuviel Vertrauen zu schenken. Die niedrigen Preise haben ihre Ursache darin, daß infolge systematischer Durcharbeitung jetzt Verhältnisse festgestellt worden seien, die man früher bei dem oberflächlichen Verfahren übersah. Zu einem Pessimismus sei keine Ursache, weil die letztjährige Förderung 900 000 Karat vom Markte zu vollständig befriedigenden Preisen aufgenommen worden sei.

Der Bund der Festbesoldeten bei den Reichstagswahlen. Bei den bevorstehenden Reichstagswahlen wird auch der in Ortsgruppen gegliederte Bund der Festbesoldeten eine Rolle zu spielen beginnen, und zwar — wie aus Bundeskreisen mitgeteilt wird — zunächst vornehmlich in den großstädtischen Wahlkreisen, wo er bereits eine beträchtliche Zahl wahlberechtigter Mitglieder besitzt. Die Bundesleitung hat für die Wahlen folgende Taktik empfohlen: Die Ortsgruppenvorsteher sollen an die Kandidaten mit dem Bundesprogramm herantreten und nur diejenigen den Mitgliedern zur Wahl empfehlen, die versprechen, für den Bund einzutreten. Die politische Partei soll dabei keine Rolle spielen. Weiter soll der Bund möglichst alle seine Mitglieder an die Wahlurne heranbringen. Bei Stichwahlen zwischen einem Sozialdemokraten und einem Konservativen wird der Bund der Festbesoldeten seinen Mitgliedern gegenüber passiv bleiben. Er motiviert diese Haltung mit dem Hinweis auf seinen Charakter als rein wirtschaftliche Vereinigung. Damit soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß die Mitglieder des Bundes in der Stichwahl überhaupt nicht wählen sollen.

Der Reichstag und das Privatbeamtengesetz. Eine der wichtigsten Aufgaben des derzeitigen Reichstags sollte die Erledigung des Versicherungsgesetzes für die Privatbeamten sein, die schon seit Jahren darauf harren. Der Entwurf liegt auch bereits ausgearbeitet im Reichsamt des Innern. Die Regierung soll jetzt aber, wie die „N. G. C." meldet, von der Absicht abgekommen sein, das umfangreiche Gesetz noch diesem Reichstage vorzulegen, der an unerledigten Vorlagen keinen Mangel leidet. Der Gesetzentwurf soll aber eine der ersten Vorlagen sein, mit denen der neue Reichstag neben dem Etat für 1912 bedacht werden wird.

Ein handelspolitischer Zentralausschuß für industrielle und kaufmännische Interessenvertretungen ist gebildet worden. Gegen hundert Delegierte wirtschaftlicher Körperschaften — darunter der Hansabund und die Gesellschaft für soziale Reform — traten am 6. Mai in Berlin zusammen, um über zweckmäßigere Gestaltung der arbeitstechnischen Vorbereitung von künftigen Handelsverträgen zu beraten. Einstimmig wurde folgender Beschluß gefaßt: „Die Versammlung erklärt sich grundsätzlich mit dem Vorschlage einer Verständigung der industriellen und handelswirtschaftlichen Körperschaften untereinander zum Zwecke einer gemeinsamen Mitarbeit bei der Vorbereitung eines neuen Zolltarifs und neuer Handelsverträge einverstanden. Sie wählt einen vorläufigen Ausschuß, der die Bereitwilligkeit der in Betracht kommenden wirtschaftlichen Organisationen zur Mitwirkung feststellen und dann zur Veranlassung des weiteren eine Versammlung der ihre Teilnahme zusagenden Körperschaften und Verbände vorbereiten und einberufen soll. Der Ausschuß soll das Recht der Zuwahl haben." Die Wahl zu dem provisorischen Ausschuß ergab folgendes Resultat: Stadtrat Jul. Maas, Oberbürgermeister Knobloch, Syndikus Schloßmacher-Frankfurt a. M., Prof. Dr. Ernst Franke, Generaldirektor Waldschmidt (i. Fa. Ludw. Loewe u. Ko.), Bergrat a. D. Georg Gothein, Fabrikbesitzer O. Stefan-Schlotheim i. Th. Einer neuen Konferenz im Herbst sollen alle weiteren Beschlüsse über die einzuschlagenden Schritte sowie über endgültige Zusammensetzung und nähere Aufgaben des gemeinsamen Ausschusses vorbehalten bleiben.

Ausland.

Neuer Skandal in einem französischen Ministerium. Der Skandal im Ministerium des Aeußern (Hamon-Chédanne) scheint einen Widerhall in andern Ministerien zu finden. Der „Matin" stellt auf Grund von eigens angestellten Ermittlungen fest, daß im Landwirtschaftsministerium bedeutende Geldsummen veruntreut worden sind, die für Viehzucht und landwirtschaftliche Untersuchungen bestimmt worden waren. Anderseits wurden schwere Unregelmäßigkeiten in den Verkaufsabschlüssen festgestellt. Der Umfang der veruntreuten Summe wird auf eine Million veranschlagt. Jedenfalls wird die Untersuchung hierüber Klarheit verschaffen, denn der Berichterstatter für das Budget, Brousse, hat sich der Angelegenheit mit großer Energie angenommen. Weiter behauptet die „Liberté", daß von den 8 Millionen Franken, die nach dem Hochwasserunglück von Paris in Deutschland und im übrigen Ausland gesammelt worden sind, nicht ein einziger Centime den Notleidenden zugekommen ist. Auch nach der Erdbebenkatastrophe von Messina sollen große Summen, die aus Deutschland nach Italien gesandt waren, verschwunden sein — man kann daher nur empfehlen: Taschen zu! Im Deutschland gibt es genug Elend, dem zu steuern unsre erste Pflicht ist!

Präsident Fallières in Brüssel. Fallières ist gestern mittag in Brüssel eingetroffen und anscheinend vom König und der Bevölkerung sehr herzlich empfangen worden. Ein Zwischenfall ereignete sich nachmittags auf der Kolonnadenstraße, dort wurden verschiedene Pfiffe laut. Die Polizei verhaftete drei Personen, die sich im Besitz von Trillerpfeifen befanden. Bei ihrem Verhör auf dem Kommissariat erklärten sie, sie hätten gegen das in Frankreich herrschende reaktionäre Regime protestieren wollen. Die Verhafteten, die in Gewahrsam behalten wurden, sind sozialistische Propagandisten.

Spanien sichert seinen Anteil an der Beute. Das Gericht, Spanien sei in das Andjeragebiet eingerückt, hat seine Bestätigung gefunden. Die Spanier besetzten drei strategische Punkte 12 Kilometer von Ceuta. In Tanger ist von Unruhen, womit diese Maßregel gerechtfertigt werden könnte, nichts bekannt. Man nimmt an, daß demnächst trotz aller Ablehnungen auch Tetuan von den Spaniern besetzt werden wird, da sie durch das französische Vorgehen ermutigt worden sind.

Dschawid Beis Nachfolger. Ein kaiserliches Irade ernennt den Senator und früheren Unterrichtsminister Mail Bei an Stelle Dschawid Beis zum Finanzminister.

Rebellion auf Haiti. Nach einer Depesche aus Port au Prince (Haiti) ist in der Nähe des Forts Liberté eine Rebellion ausgebrochen, die an Ausdehnung gewinnt. Der Dampfer „Montreal" ist mit einem Truppentransport nach Fort Liberté abgegangen.

Juarez in Brand. Die Aufständischen in Mexiko haben Juarez in Brand gesetzt. Da scharfer Wind wehte, griff das Feuer in Juarez schnell um sich; es ist meilenweit sichtbar. Die Aufständischen setzen den Kampf fort. In der Stadt Mexiko herrscht infolge der Angriffe der Rebellen auf Juarez große Aufregung, da die Intervention der Amerikaner für unvermeidlich angesehen wird, obwohl dadurch eine antiamerikanische Stimmung im ganzen Lande hervorgerufen werden würde. Die Aufständischen haben die Stadt Tia Juana bereits gestern früh eingenommen.

Neues vom Tage.

Mehrere Personen durch Blitz erschlagen. Das gestern über Berlin niedergegangene Gewitter hat mehrere Opfer gefordert. In der Nähe des Kaiser-Friedrich-Krankenhauses wurden zwei Kinder vom Blitz getroffen, ein zwölfjähriger Knabe war sofort tot, während sein Spielkamerad vollständig gelähmt daniederliegt. Ein weiteres Opfer war eine unbekannte Frau, die in einer Laubenkolonie durch Blitzschlag getötet wurde. Ferner schlug der Blitz in der Nähe einer Gruppe spielender Kinder ein, von denen eins betäubt wurde, während die andern mit dem Schrecken davonkamen. — Große Bestürzung erregte eine elektrische Entladung, die in einem Verhandlungssaal des Landgerichts I zu Moabit stattfand, wo gerade eine Beleidigungsklage des bekannten Grafen Pfeil gegen den Fabrikbesitzer Alfred Wulf zum Austrag kam. Ein Donnerschlag erschütterte das Gerichtsgebäude bis in seine Grundfesten. Der Blitz hatte in einen Turm des Gerichtsgebäudes eingeschlagen und war vom Blitzableiter in das Lichtnetz des Gebäudes übergegangen, wo er sich in dem meinen zweigten Netz verteilt hatte, ohne jedoch irgendwelchen Schaden anzurichten. Die Verhandlung wurde dann fortgesetzt und endete mit der Verurteilung des Fabrikanten Wulf zu 100 Mk. Geldstrafe.

Selbstmord im Kleiderschrank. Der Sohn des Expedienten Brumaier in Berlin verlor, als er im Kleiderschrank die Leiche seines Vaters, der sich erhängt hatte, fand, plötzlich die Sprache; die Frau des Selbstmörders hatte sich vor zwei Jahren gleichfalls durch Erhängen in demselben Kleiderschrank das Leben genommen.

Ein meineidiger Grenadier. Vor dem Oberkriegsgericht in Berlin hatte sich gestern unter der Anklage des Meineids in zwei Fällen der Grenadier Wolf vom Kaiser-Franz-Garde-Regiment zu verantworten. Wolf lernte vor längerer Zeit ein junges Mädchen kennen und unterhielt mit ihm ein Liebesverhältnis, dem auch ein Kind entsprossen war. In dem Alimentationsprozeß hatte Wolf nun zweimal bekundet, daß er mit dem jungen Mädchen nie intim verkehrt habe. Das Gericht erkannte auf 6 Monate Gefängnis wegen fahrlässigen Falscheides.

Johann Orths Todeserklärung. Seit dem vorigen Jahre schwebt vor den zuständigen Behörden in Wien das Verfahren auf Todeserklärung Johann Orths, das jetzt zum Abschluß gekommen ist. Unser Wiener Mitarbeiter drahtet uns:

id. **Wien**, 10. Mai. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Johann Orth, der ehemalige Erzherzog Salvator, wurde gestern vom Obersthofmarschallamte für tot erklärt.

Damit hat eine Tragödie, die sich vor zwanzig Jahren auf den Fluten des Atlantischen Ozeans abspielte und deren wir öfters gedachten, ihren formellen Abschluß gefunden. Johann Orth und seine Frau Mizzi Stibel sind nun auch für die Geschichte tot, aber das Volk wird es nicht glauben. Sage und Geschichte werden sich vermählen und noch lange wird man in österreichischen Landen von dem Erzherzog reden hören, der eine Liebesheirat schloß und dahinfuhr, um in der Ferne das Glück zu suchen...

Von verheerenden Bränden wurden die ungarischen Ortschaften Szamoskorod und Batiz heimgesucht. Zahlreiche Wohnhäuser sind eingeäschert. In der letzteren Ortschaft ist auch ein Mann verbrannt.

Sieben Personen in einem Varieté verbrannt. Das Varieté „Empire-Palast" in Edinburgh (Schottland) ist gestern abend ein Raub der Flammen geworden. Der König wollte bekanntlich in diesem Theater auf seiner im Juli stattfindenden Reise nach Schottland einer Galavorstellung beiwohnen. Das Feuer brach aus, als die letzte

---

Wiedersehen mit dem vom Buchjäger mißhandelten Sohn tiefergreifend. In dieser Szene lag auch gestern wieder der Höhepunkt der Tragödie. Herr Felden traf in der scheuen Zurückhaltung und im Ausbruch des Gefühls einen Ton, der den Glauben an die unabwendbare Notwendigkeit des tragischen Ausgangs (in diesem überstürzenden Gefälle von Zufällen und leicht aufklärbaren Mißverständnissen) im Zuhörer lebendig machte. Hier fühlte man ein wirkliches Unrecht, einen echten Schmerz, einen tiefätzenden Schimpf. Und die Racheforderung übertönte jede Einwendung. Noch über dieser trefflichen Leistung des Herrn Felden stand, was Fischer an feinster Charakterisierungskunst in der nicht großen, aber wichtigen Rolle des Weiler gab. Das war die stille Art, frei vom letzten Rest komödiantischer Wichtigkeit, die unter Brahm in der besten Zeit seiner Bühne gezüchtet ward. Man saß mitten in Unmöglichkeiten und gegenüber äußerlicher Theatralik — den Menschen. Darum lag der tiefere künstlerische Erfolg bei dem Andres und dem Holzhüter, wiewohl Herr Renés als Buchjäger lauten Beifall erntete. Der ihm aber (weil so vergnügtes Lachen darein klang) sagen sollte, daß realistische Komik und possierliche Bezechtheit gleichermaßen gegen Stil und Inhalt dieser Tragödie gehe. Wieder mußte ich an die einstmals berühmte Münchner Aufführung denken und an den zu früh verstorbenen Häußer, dessen Buchjäger nur Furcht und unheimliche Stimmung weckte, dem Rausch zum Trotz. Die ganze Marie ist wie die ganze Wilddiebepisode gewiß einfacher zu machen, als es gestern geschah. Auch schien mir Herr Müller — er gab den Stein mit dem bewußten müllerisch grimmig-komischen Einschlag und saloppe genug in der Sprache — fehl am Ort. Und Frau Hardou-Müller glückte die Mutter nicht, die dem Dichter mißglückt ist. — Sicher aber hat trotz Wahlbergs übertriebener Pathetik die Dresdner Aufführung an Kraft und Männlichkeit ganz erheblich gewonnen. Hat durch Fischers Kunst und Herrn Feldens echte Leidenschaft sogar außerordentliche Züge aufzuweisen und nicht zuletzt auch an Waldromantik gegen früher zugenommen, wenn man sich auch nicht verhehlen kann, daß die Schwächen des Stückes noch immer allzu deutlich fühlbar bleiben. Aber das ist schließlich weniger eine Schuld der Schauspieler als des Dichters, dem wir trotz der streckenweise grandiosen Tragik die Verantwortlichkeit des gelben Büchsenriemens und die Schießerei auf Wechselscheiben nirgends ganz zu vergessen vermögen. W.

Kleines Feuilleton.

= **Programm für Donnerstag.** Kgl. Oper: „Der Rosenkavalier", ½7. — Kgl. Schauspiel: „Glaube und Heimat", ½8. — Residenztheater: „Der Zigeunerbaron", 8. — Zentraltheater: „Die geschiedene Frau", 8.

= **Ein neuer Oberregisseur der Dresdner Hofoper.** Der Oberregisseur des Kölner Stadttheaters und Lehrer am Kölner Konservatorium für Musik, Alex d'Arnals, ist von 1912 ab auf fünf Jahre als Oberregisseur unsres Kgl. Operninstituts verpflichtet worden.

= **Residenztheater.** Donnerstag geht die Operette „Der Zigeunerbaron", Freitag die Operette „Der Weiberfeind" und Sonnabend die Posse „Kummelstudenten" in Szene. Sonntag abends findet die Uraufführung der Operetten-Novität „Die Musterweiber" von Paul Hubi und Dr. G. Quedenfeld, Musik von Franz Werther, statt. In Szene gesetzt ist die Novität von Direktor Witt, die musikalische Leitung hat Kapellmeister Korolanyi.

= **Kais. Geh. Baurat Prof. Dr.-Ing. h. c. Paul Wallot,** der Architekt des Reichstagshauses, gibt mit Ende dieses Sommersemesters, kurz nach Vollendung seines 70. Lebensjahres, seine Lehrtätigkeit an der hiesigen Akademie der bildenden Künste auf. Aus diesem Anlaß ist für die Galerie Arnold auf die Zeit vom 1. bis 9. Juli eine Baukunstausstellung von Arbeiten des Meisters und seiner Schüler in Vorbereitung, zu der Anmeldungen bereits aus allen Teilen Deutschlands vorliegen.

= **Reformvorschläge für die deutschen Universitäten.** „Zur Reform der deutschen Universitäten" ist eine Broschüre betitelt, die demnächst im Verlage der „Grenzboten" erscheint und den sächsischen Ministerialdirektor Dr. E. H. M. Waentig in Dresden, den früheren Referenten für die öffentlichen Unterrichtsangelegenheiten Sachsens, zum Verfasser hat. Die Ausführungen knüpfen an die Rede Karl Lamprechts an, die der Leipziger Historiker bei der Uebernahme seines Rektorats jüngst gehalten hat. Waentig nimmt Lamprechts Forderungen auf, die der Vermehrung der ordentlichen Lehrkräfte, der Veränderung der bisherigen rein monarchischen Verfassung der Universitätsinstitute und der Erweiterung der Befugnisse der nicht ordentlichen Lehrkräfte in der Universitätsverwaltung. Er hofft, daß seitens der juristischen Fakultäten einer Umwandlung der jetzigen juristischen in rechts- und staatswissenschaftliche Fakultäten, auch unter Vermehrung der Zahl der Ordinariate, kein Hindernis bereitet werden wird. Die meisten neuen Ordinariate werden bei den Medizinern erfordert wegen der Spezialisierung ihrer Wissenschaften. Bei Berufungsangelegenheiten kommt es namentlich in der philosophischen Fakultät nicht selten vor, daß zu der Zeit, wo sie über Berufungsvorschläge zu beraten hat, kein Vertreter des zu besetzenden Faches sich unter den Ordinarien befindet. Und die andern kennen den Kreis der in Betracht kommenden Lehrer nicht genau genug. Waentig empfiehlt das Verfahren an der Dresdner Technischen Hochschule, wo der Senat zunächst eine Kommission von 3 bis 5 fachverwandten Professoren wählt, deren Bericht einfordert und Anträge des betreffenden Abteilungskollegiums heranzieht, und erst dann der Regierung drei Kandidaten vorschlägt. Endlich behandelt Waentig die Frage einer zeitgemäßen Umgestaltung der Einkommenverhältnisse der Universitätslehrer. Die jetzigen Einnahmen sind unregelmäßig und beruhen zum Teil auf einer gewissen Abhängigkeit gegenüber dem Geber. Waentig befürwortet eine gleichmäßige Behandlung dieser Frage in ganz Deutschland, da sonst ja die Anziehungskraft solcher Universitäten, wo keine Einschränkung der Kolleggeldereinnahmen der Professoren erfolgt, sich die Vorliebe der Universitätslehrer zuziehe. Zum Schluß bespricht Waentig die bekannte Tatsache, daß manche Universitäten lediglich zum Zwecke der Doktorpromotion aufgesucht werden, weil die Kandidaten dort leichter zum Ziel zu kommen hoffen. Solch starker Zustrom bringt natürlich den Fakultäten nicht unbedeutende pekuniäre Vorteile. Deshalb läßt sich kaum in Abrede stellen, daß die Verwendung der Einnahmen, die aus der Ausübung des Promotionsrechts der Fakultäten fließen, wie sie zurzeit an den deutschen Universitäten üblich ist, und der verschiedene Umfang, in dem verschiedene Fakultäten das Recht ausüben, geeignet erscheinen, auf die Handhabung des Promotionsrechts seitens einzelner Fakultäten ein ungünstiges Licht zu werfen und dadurch das Ansehen des auf den deutschen Universitäten erworbenen Doktortitels zu schädigen. Das beste Mittel zur Verbesserung dieses Mißstandes wenden alle Technischen Hochschulen an. Es wird nämlich dort nur die Hälfte der Gebühren unter die Mitglieder der Prüfungskommission verteilt, der andre Teil fließt nach Deckung der Unkosten in eine Kasse, die für allgemeine Zwecke der Hochschule bestimmt ist.

= **Die Entscheidung über das Bismarckdenkmal am Rhein.** Die Ausstellung der eingelaufenen Entwürfe in Wiesbaden wird, wie von dort gemeldet wird, erst am 1. Juni eröffnet werden und bis zum 16. Juli dauern. Der Kunstausschuß sollte Ende Mai zu einer Sitzung zusammentreten, in der über die weitere Entwicklung der Dinge eine Entscheidung beabsichtigt war. Doch wird jetzt gemeldet, daß der Zusammentritt des Kunstausschusses vertagt worden ist, und zwar vorläufig auf unbestimmte Zeit. Da der Kaiser Wiesbaden in der zweiten Hälfte des Monats Mai schon wieder verlassen will, so wird er möglicherweise die Entwürfe noch nicht sehen können, wie dies ursprünglich geplant war. Die Vermutung, daß ein engerer Wettbewerb beschlossen werden wird, gewinnt immer mehr Sicherheit.

= **Ernst v. Possart** feiert am 11. Mai seinen siebzigsten Geburtstag. Er tritt nun in das Alter, wo man sich mit ihm versöhnen muß. Zwischen ihm und der Kunst unsrer Tage liegt eine Welt. Das Theater, das er spielte, inszenierte und lehrte war die Anwendung der Mittel der Oper auf das Drama. Seine Deklamation war Gesang, seine Regie, das Massenaufgebot von Dekorationen, Stistierie und bengalischem Licht. Daß er seine Kunstsession auch als Redender und Schreibender der andersfühlenden Gegenwart aufzudrängen versuchte, hat ihn wiederholt dem Lachen derer preisgegeben, die ihm im übrigen ihre Bewunderung für die glänzende Repräsentation des Kunstideals seiner Epoche nicht schuldig geblieben sind.

= **Das Befinden Gustav Mahlers** hat sich nach den letzten Meldungen aus Paris im Laufe des gestrigen Tages sehr verschlechtert. Die Aerzte konstatierten, daß die Schwäche des Herzens zu den äußersten Besorgnissen Anlaß gäbe. Professor Chvostek aus Wien ist nach Paris berufen worden, wo er Mittwoch abend eintrifft.

= **Die Frankfurter Universität.** Nicht weniger emsig als die freie Stadt Hamburg sind auch die Frankfurter bemüht, den Plan, in ihrer Stadt die vorhandenen wissenschaftlichen Institute zu einer Universität auszubauen, zu verwirklichen. Wie aus Frankfurt gemeldet wird, sind die Beratungen über die Frankfurter Universitätsfrage in der Stadtverordnetenkommission jetzt so weit gediehen, daß Ende dieses Monats die Entscheidung der Stadtverordneten zu erwarten ist.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19110511/2